

## Mehr Druck auf die CDU

Corona: „Kritik an der 15-Kilometer-Regel“, FR-Politik vom 7. Januar

Die Kritik an der 15-Kilometer-Regel spannt einen zu kurzen Bogen. Denn das eigentliche Problem besteht vor allem darin, dass es sich eher um eine Alibi-Maßnahme handelt, die davon ablenken soll, dass die Politik in vielen Bereichen derzeit schlicht nicht ihre Hausaufgaben macht, um die Corona-Zahlen konsequent zu senken. Wobei neben mehr Personal in den Gesundheitsämtern bei der wichtigen Nachverfolgung von Infektionsketten nur mal der Zugverkehr genannt sei. Kaum ein anderes Land in Europa zeigt so wenig Ehrgeiz wie Deutschland, die Menschen besser zu schützen. Selbst einfachste Dinge wie etwa öffentliche Desinfektionsspender an Bahnhöfen wie in Hamburg wirken mehr wie PR-Attrappen und funktionieren nicht.

Deshalb sollte insbesondere die SPD, wenn sie endlich in Wahlkampfeschwung kommen will, mehr Druck auf ihren Koalitionspartner ausüben, seiner Verantwortung gerecht zu werden. Auch bei einem Thema wie dem Arbeitnehmerrecht auf Homeoffice bietet es sich an, nicht wie Hubertus Heil den Kopf in den Sand zu stecken, sondern den öffentlichen Druck aufrechtzuerhalten und auszuweiten! Rasmus Ph. Helt, Hamburg

**Diskussion:** [frblog.de/impfstart](http://frblog.de/impfstart)



**BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION**

**Schreiben Sie an:**  
Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Faxen Sie an:**  
069 / 2199-3666

**Mailen Sie an:**  
[Bronski@fr.de](mailto:Bronski@fr.de) oder  
[Forum@fr.de](mailto:Forum@fr.de)

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

## Die Pflichten der Arbeitgeber

Zu: „Länger leben, länger arbeiten?“, FR-Wirtschaft vom 5. Januar

Danke für den Kommentar von Daniel Baumann. Als ich die Aussagen von Herrn Dulger gelesen habe, fielen mir ähnliche Dinge ein. Immer geht's nur auf die Rentenversicherung. Warum? Der Arbeitgeberverband und seine Mitglieder sind doch diejenigen, die überwiegend den Rententopf vermeiden und privat vorsorgen (weil sie es können).

Psychische Krankheiten, verursacht durch Stress, Mobbing, Konkurrenzsituation am Arbeitsplatz etc. haben in den letzten Jahrzehnten exorbitant zugenommen, die zu behandeln die Krankenkassen zu Ausgaben in vielfacher Höhe zwingen. Existenzängste, den Arbeitsplatz zu verlieren und in Armut abzurutschen, u.a. verursacht durch nicht nachzuvollziehende Unternehmensentscheidungen (aktuelles Beispiel: die Verlagerung von 1500 Arbeitsplätzen bei Conti ins Baltikum). Von jedem einzelnen persönlichen Schicksal abgesehen, verursacht diese Unternehmensentscheidung Kosten in Millionen-, vielleicht sogar Milliardenhöhe, um diese Menschen sozial einigermaßen aufzufangen. Der Unternehmer begründet's kurz: Shareholder Value.

Mit der Entscheidung, Zusatzbeiträge aus der GKV nur den Arbeitnehmern aufzudrücken, wurde seinerzeit das grundgesetzlich verankerte Recht der paritätischen Sozial-

beiträge von der Politik gekippt. Das sollte nach dem Verursacherprinzip wiederholbar sein. Dass die überwiegende Anzahl der psychischen Erkrankungen ursächlich der Situation am Arbeitsplatz geschuldet ist, nötigt mir die Frage auf, wann die Arbeitgeber ihren sozialen Sorgfaltspflichten nachzukommen verpflichtet werden und z.B. 60 Prozent der GKV-Beiträge übernehmen.

Die Forderung nach längerer Lebensarbeitszeit im Alter kann nur erheben, wer sich auch bereit erklärt, Menschen mit 50, 55 oder 60 Lebensjahren ohne Voreingenommenheit einzustellen. Die Gegenargumente sind dann: zu teuer, passen nicht ins junge Team, werden öfter krank, sind langsamer. Das Ziel eines zukunftsorientierten Personalmanagements sollte nicht sein, sich die Rosinen herauspicken zu wollen.

Wir haben Facharbeitermangel. Seit Jahren. Die Arbeitgeber rufen deshalb nach dem Staat! Hier sind doch die Betriebe gefragt, ihre Ausbildungsabteilungen in die Lage zu versetzen, die für den Betrieb gewünschten Talente zu entdecken. Das kostet Zeit, die man vorgibt, nicht zu haben, und Geld, was angeblich immer fehlt. Wer heutzutage ein Unternehmen in die Zukunft führen will, sollte sich andere Gedanken als die Finanzierung der gesetzlichen Rente machen.

Horst Weitzel, Frankfurt

## Aussicht auf Stromsperren

Hartz IV: „Was sich 2021 ändert“, FR-Wirtschaft vom 2. Januar

Trotz „Querdenker“ und Coronaleugner gibt es auch noch Armut in Deutschland. Die Erhöhung der Grundsicherung Hartz IV von vierzehn Euro bedeutet, dass die Armut in Deutschland zementiert wird. Ein Beispiel: Bereits durch die Verteuerung des Stroms im neuen Jahr werden Personen in der Grundsicherung noch weniger Geld in der Tasche haben als zuvor.

Im Bedarfsregelsatz des SGB II sind Beträge für Bildung mit 1,67 Euro monatlich, Anschaffungen wie einen Kühlschrank mit 1,70 Euro monatlich – angesetzt. Die Mobilität (ÖPNV, Auto) wird nicht berechnet, Haustiere genauso wenig. Strom wird mit 36,35 Euro bei einem Single-Haushalt veranschlagt, auch das entspricht nicht der Realität der Energiekosten. So ist bei mir bei gleichbleibenden Stromverbrauch der monatliche Abschlag innerhalb von zwei Jahren, von 34 Euro auf 54 Euro gestiegen. Vielleicht verkraftbar für einen Normalverdiener. Wer auf Hartz IV angewiesen ist, muss mit Stromsperren rechnen.

Also ist nichts gut in 2021, auch wenn die Hartz-IV-Empfänger vierzehn Euro mehr monatlich bekommen. Teilhabe ist so einfach nicht möglich, denn das Geld reicht nicht einmal für den Strom, im Hartz IV Bezug

Stefan Vollmershausen, Dreieich

# MU\_FRDLES02\_4c - B\_164440

